

Information über die Sitzung des Gemeinderats am 04. September 2007

Information der SPD-Fraktion

Isabel Schneider (SPD) wurde zur weiteren stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt.

Parksituation ortswest

Die SPD-Fraktion beantragt hinsichtlich der Parksituation in Mutterstadt einen entsprechenden Artikel im Amtsblatt sowie eine bauaufsichtliche Überprüfung der Situation. Weiterhin soll die Möglichkeit einer Ausweitung der Tempo-30-Zonen geprüft werden.

Ein entsprechender Aufruf ist zwischenzeitlich im Amtsblatt erschienen. Die Kreisverwaltung wurde schriftlich um eine Prüfung der Nutzung privater Stellflächen und Garagen gebeten.

Zu den Tempo-30-Zonen erwartet die Verwaltung eine Stellungnahme der Polizeiinspektion Schifferstadt sowie des Verkehrsverbundes Rhein-Neckar. Ratsmitglied Hannelore Klamm (SPD) hat wegen der Tempo-30-Zone im Medardusring und der Weigerung des Landesbetriebs Mobilität den rheinland-pfälzischen Verkehrsminister um Überprüfung gebeten.

Auf Nachfrage erklärt der Vorsitzende, dass weitere Maßnahmen zur Parksituation erst diskutiert werden sollten, wenn sich zeige, dass der mehrmalige Aufruf im Amtsblatt nichts bringe. Wegen des Medardusrings sollten zunächst die Stellungnahmen der Behörden abgewartet werden.

Verkehrsberuhigung in der Robert-Blum-Straße

Die SPD-Fraktion beantragt die Einrichtung einer „Anlieger-Frei-Zone“ in der Robert-Blum-Straße. Die Robert-Blum-Straße ist ebenso wie die Jahnstraße eine für die Ausbauverhältnisse stark frequentierte Straße mit erheblichem Fußgänger- und Radfahreraufkommen ohne Gehweg.

Nach Erfahrungen der Verwaltung ist jedoch eine Verkehrsbeschränkung mit „Anlieger frei“ keine effektive Maßnahme, da sie schwer kontrollierbar ist und in Folge dessen meist missachtet wird.

Wie die Jahnstraße zeigt, schafft selbst eine Einbahnstraßenregelung kaum Abhilfe.

Die Verwaltung schlägt daher vor Mittel für eine kostengünstige Umgestaltung dieser beiden Straßen in einen verkehrsberuhigten Bereich (Schrittgeschwindigkeit) bereitzustellen.

Einstimmiger Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Kosten für eine moderate Umgestaltung der Robert-Blum-Straße und Jahnstraße in einen verkehrsberuhigten Bereich zu ermitteln. Die Mittel sind im Haushalt 2008 einzuplanen.

Sachstand "Entenweiher" im Mutterstadter Wald

Die Anfrage der SPD-Fraktion wird wie folgt beantwortet:

Am 6. März 2007 hat die Jahreshauptversammlung des Vereins für Vogelliebhaber und Vogelschutz e.V. Mutterstadt einstimmig beschlossen, den Verein aufzulösen.

Aus diesem Grunde hat eine Ortsbesichtigung stattgefunden, bei der Gemeinde- und Forstverwaltung einmütig die Ansicht vertraten, dass das Gelände in seinem Bestand erhalten bleiben solle. Dies könne allerdings nicht mehr unter dem Dach des derzeit noch existierenden Vereins stattfinden. Bezüglich der Unterhaltung der Anlage und der künftigen Organisationsform sind noch weitere Überlegungen anzustellen.

Es ist angedacht, mit der Kreisverwaltung Rhein-Pfalz-Kreis und der Landespflegeverwaltung Rheinland-Pfalz eine Vereinbarung zu treffen, in der die Gemeinde sich verpflichtet, waldfremde Gegenstände auf dem Gelände zu beseitigen und umgebungsentsprechend anzupassen. Es soll ohne Geflügelhaltung und Wirtschaftsbetrieb ein Feuchtbiotop angelegt werden. Im Gegenzug ist anzustreben, dass das Gelände durch die Kreisverwaltung und Landespflegeverwaltung als ökologischer Ausgleich anerkannt wird.

Verkehrsproblematik bei Flohmärkten im Gewerbegebiet

Die Anfrage der SPD-Fraktion wird wie folgt beantwortet:

Die Verwaltung kontrolliert an jedem Veranstaltungstermin den ruhenden Verkehr. Hierbei werden regelmäßig eine Vielzahl kostenpflichtiger Verwarnungen wegen Falschparkens ausgesprochen oder sogar Fahrzeuge abgeschleppt.

Ab September werden von der Kreisverwaltung nur noch 300 anstelle der ursprünglich ca. 450 Aussteller zugelassen. Dadurch soll das Verkehrsaufkommen reduziert werden.

Der Geschäftsführer des REAL-Marktes wurde auf die akuten Probleme eindringlich hingewiesen. REAL möchte auf die Vermietung des Parkplatzes nicht verzichten, sagt jedoch Kooperation zu. Bezüglich der Verschmutzung westlich des Parkplatzes wurde der Bau eines Zaunes entlang der Waldstraße in Aussicht gestellt.

Die Verwaltung beantwortet die zahlreichen kritischen Wortmeldungen, wonach am vergangenen Wochenende noch keine Verbesserung der Situation, insbesondere eine Reduzierung des Verkehrsaufkommens, spürbar gewesen sei:

- Die Kreisverwaltung habe kontrolliert. Die freigegebene Fläche sei eingehalten worden.
- Laut Kreisverwaltung ist das Verkehrsaufkommen kein Grund, die Genehmigung zu versagen.
- Das Abschleppen von Falschparkern durch das Ordnungsamt bringt nichts, da sich in die freiwerdende Lücke bald wieder ein anderer Besucher hineinstellt. Außerdem muss die Verwaltung die Abschleppkosten vorlegen, die meist erst nach einem gerichtlichen Verfahren erstattet werden.
- Je Flohmarkt werden kostenpflichtige Verwarnungen In Höhe eines vierstelligen Gesamtbetrags ausgesprochen.
- Das Ordnungsamt setzt im Bereich des Flohmarkts die Hilfspolizeibeamtin nur in Begleitung ihres männlichen Kollegen ein.
- Ein zusätzlicher Toilettenwagen steht am Sportpark, um Verunreinigungen in den dortigen Grünanlagen zu vermindern.
- Die Beobachtungen des letzten Flohmarktes werden analysiert, um weitere Optimierungen der Situation herbeizuführen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Flohmarkt sowohl für den Geländeverpächter wie auch für den Veranstalter ein lukratives Geschäft ist. Selbst wenn es gelänge für den Veranstalter ein Verbot wegen Rechtsverstößen auszusprechen, würde ein anderer Veranstalter sofort einspringen. Ebenso würden bei einem Verzicht von REAL sofort andere Gewerbebetriebe dem Veranstalter ihre Parkflächen verpachten.

'Flatrate-Partys'

Die SPD-Fraktion weist auf die Problematik und Verbotswidrigkeit von sog. „Flatrate-Partys“ hin, bei denen Alkohol zu besonders verlockenden Preisen angeboten wird.

Mit Beschluss des Bund-Länder-Ausschusses „Gewerberecht“ wurde festgestellt, dass Flatrate-Partys oder vergleichbare Veranstaltungen den Bestimmungen des Gaststättenrechts widersprechen und somit verboten sind. Auf Grundlage dieses Beschlusses hat die Verwaltung mit dem Gaststättenbetreiber ein eingehendes Gespräch geführt und ihn auf die möglichen rechtlichen Konsequenzen hingewiesen. Daraufhin wurden Werbeplakate entfernt und auf die Durchführung weiterer Partys verzichtet.

Ganztagsangebot der Grundschulen in Mutterstadt

Die SPD-Fraktion beantragt mit den Schulleitungen der Grundschulen zu sprechen, um an einer der beiden Schulen schnellstmöglich ein Ganztagsangebot einzuführen.

Die Verwaltung hat inzwischen den beiden Schulleitungen mitgeteilt, dass im Spätherbst wieder eine Elternbefragung über das Interesse an einem Ganztagsangebot durchgeführt werden soll. Zielgruppe der Befragung sollen Eltern von Kindern im Kindergartenalter sowie der 1. und 2. Klassen sein. Bei einem positiven Ergebnis und der Genehmigung durch das Land wäre eine Umsetzung ab dem Schuljahr 2009/2010 denkbar.

Ratsmitglied Dr. Ulf-Rainer Samel (CDU) fragt nach dem Pädagogischen Konzept des Nachmittagsangebots. Dazu erklärt Ratsmitglied Hannelore Klamm (SPD), dass die Ausarbeitung eines pädagogischen Konzepts Sache der Schule sei. Das Konzept muss dem Ministerium zur Entscheidung vorgelegt werden.

Einstimmiger Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt noch in diesem Jahr eine Elternbefragung durchzuführen, um das Interesse an einem Ganztagsangebot zu ermitteln. Die Ergebnisse sind den zuständigen Gemeindegremien zusammen mit einem Vorschlag zur weiteren Vorgehensweise vorzustellen.

Geschwindigkeit von Traktorengespanssen in der Von-Ketteler-Straße

Die CDU-Fraktion beantragt Maßnahmen zur Geschwindigkeitsreduzierung von Traktorgespannen in der Von-Ketteler-Straße.

Die örtlichen Bauernschaft wurde bereits auf die Problematik angesprochen. Die Verwaltung wird eine Geschwindigkeitsmessung vornehmen. Ratsmitglied Stephan Heller (CDU) weist als Anwohner der Von-Ketteler-Straße darauf hin, dass die höchsten Geschwindigkeiten samstagsnachmittags und sonntagmorgens gefahren werden.

Der Vorsitzende ergänzt, dass sich die Verwaltung bei dieser Gelegenheit auch anderer betroffener Stellen im Ort annehmen werde.

Parkplätze Einkaufszentrum Blockfeldstraße

Die CDU-Fraktion beantragt die Parkplatzsituation zu kontrollieren.

Die Verwaltung hat deshalb vor Ort überprüft, ob die laut Baugenehmigung erforderlichen Parkplätze tatsächlich vorhanden und zugänglich sind. Die Verwaltung berichtet detailliert von dieser Momentaufnahme, bei der mehrere Parkplätze nicht oder nur teilweise befahrbar gewesen sind.

Die Parksituation wurde bereits 2002 der zuständigen Kreisverwaltung zur Überprüfung gemeldet. Im Jahr 2005 wurde von der Unteren Bauaufsichtsbehörde ein Ortstermin durchgeführt und eine Nutzungsuntersagung als Lagerfläche erlassen. Bei einer Nachprüfung waren alle Parkplätze befahrbar. Die Kreisverwaltung wurde zwischenzeitlich über den erneuten Verstoß informiert und will die Parksituation nochmals überprüfen.

Sachstand Baugelände Oggserheimer-/Friedhofstraße

Die CDU-Fraktion fragt, weshalb an der Oggserheimer-/Ecke Friedhofstraße weiterhin ein Schild den Bau eines Wohnparks ankündigt.

Die Verwaltung informiert, dass die Projektentwickler nach wie vor Interesse an dem Konzept haben.

Parallel hierzu verhandelt die Verwaltung auch mit anderen Interessenten über abweichende Konzepte. Es wäre wünschenswert, wenn man über ein geeignetes Projekt die innerörtliche Versorgungslücke schließen könnte. Leider sind die deutschen Einzelhandelskonzerne zurzeit nicht an dort realisierbaren Verkaufsflächen interessiert, weshalb auch nach mittelständigen Betreibern gesucht wird. Insofern ist das vorhandene Bauschild kein Nachteil, weil es sich an potenzielle Interessenten für Miet- oder Eigentumsflächen wendet. Es sollte deshalb vorerst stehen bleiben.

Gestaltung der Verkehrskreisel

Die CDU-Fraktion beantragt einen Sachstandsbericht über die Aktivitäten zur besseren Gestaltung der Verkehrskreisel.

Die Verwaltung hat bereits ortsansässige Gartenbaubetriebe angeschrieben. In diesem Schreiben wurde die Absicht verdeutlicht, Gestaltung und Pflege an den Kreisverkehrsplätzen zu verbessern. Gleichzeitig wurde die Möglichkeit einer Gestaltungs- und Pflegepatenschaft für die Unternehmen des Garten- und Landschaftsbaus angesprochen, für die als Gegenleistung eine Werbeanbringung des Patenunternehmens denkbar wäre. Handlungsschwerpunkte sollen zunächst der bestehende Kreisel an der L524 (vor Gewerbegebiet), die Kreisel in der Speyerer Straße und der demnächst neu zu errichtende Kreisel am Radweg nach Limburgerhof sein.

Einstimmiger Beschluss:

Der Umgestaltung von Verkehrskreiseln in Zusammenarbeit mit örtlichen Betrieben des Garten- und Landschaftsbaus und deren Übernahme von Patenschaften wird zugestimmt. Die Vorstellung der Gestaltungsideen erfolgt im Bau- und LandUm-Ausschuss unter Beteiligung der Lokalen Agenda und des Historischen Vereins. Die Gestaltung eines Partnerschaftskreisels wird in 2008 weiterverfolgt.

Halteverbotslinien Von-Ketteler-Straße/Schifferstadter Straße

Die CDU-Fraktion beantragt die Anordnung von Halteverbotslinien im Einmündungsbereich der Von-Ketteler-Straße / Schifferstadter Straße.

Nachdem die Problematik schon in der letzten Ratssitzung angesprochen wurde, hat die Verwaltung sich bereits mit den Anwohnern in Verbindung gesetzt um die Angelegenheit im

Einvernehmen mit den Betroffenen zu regeln. Die Halteverbotslinien sind zwischenzeitlich aufgetragen.

Zwischenbericht über die Haushaltsentwicklung der Gemeinde Mutterstadt im Jahr 2007

Der verabschiedete Haushaltsplan für das Jahr 2007 weist im Verwaltungshaushalt (einschließlich der Pflichtzuführung von 127 T€) einen Überschuss von 177 T€ aus, der dem Vermögenshaushalt zugeführt werden kann. Die vorliegenden Erkenntnisse lassen den Schluss zu, dass das Ergebnis beim Jahresabschluss noch verbessert werden kann. Die sich ergebende Zuführung zum Vermögenshaushalt ist allerdings nicht dazu geeignet, um damit kurzfristig größere Investitionsmaßnahmen vornehmen zu können.

Die Einnahmen bei der Grundsteuer A und B pendeln sich in Höhe der Ansätze ein. Die Gewerbesteuer ist mit einem Plus ausgewiesen. Die Schlüsselzuweisungen werden unverändert in der veranschlagten Höhe erwartet. Gewisse Unsicherheiten sind nach wie vor bei den Einkommensteuer- und Umsatzsteueranteilen gegeben.

Die Personalausgaben werden sich im laufenden Jahr um ca. 35 T€ vermindern. Die sächlichen Verwaltungs- und Betriebsausgaben werden sich wegen der allgemeinen Preisentwicklung etwas erhöhen. Die Kreisumlage und die Zahlung an den Fonds Deutsche Einheit ist unverändert. Am 30. August weist der Vermögenshaushalt Einnahmen von 485 T€ aus, denen Ausgaben in Höhe von 560 T€ gegenüberstehen. Diese zurzeit gegebene Schiefelage kann durch die Zuführung vom Verwaltungshaushalt ausgeglichen werden.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass der Ausgleich des Verwaltungshaushaltes auch im Jahr 2007 gewährleistet ist. Der Vermögenshaushalt bedarf allerdings in vielen Positionen einer Veränderung. Viele wünschenswerte Maßnahmen können nicht durchgeführt werden und müssen in die Folgejahre verschoben werden. Zur Vermeidung eines Investitionsstaus muss bei der Aufstellung des Haushaltes 2008 über eine Kapitalaufnahme nachgedacht werden.

Als Beispiel für den Investitionsstau nennt der Vorsitzende auf Nachfrage den Kunstrasen im Sportpark und die neue gemeinsame Heizung für Rathaus und Neue Pforte.

Die Erneuerung des Kunstrasens muss im Jahr 2008 durchgeführt werden und kann nicht mehr weiter geschoben werden. Kürzlich fand dazu ein weiteres Gespräch mit dem Südwestdeutschen Fußballverband statt. Die FG 08 darf in der Landesliga nur noch auf dem Naturrasen spielen. Der TDSV spielt weiterhin auf dem Kunstrasen. Der Kunstrasen wurde zwar noch einmal gereinigt, doch auch dies kann abgespielte Fasern nicht ersetzen.

Anträge / Anfragen

Auf Anfrage erläutert die Verwaltung die Zuständigkeiten für die Sauberkeit der Gehwege. Grundsätzlich müssen sich die Anlieger um den Gehweg an ihrem Anwesen kümmern. Für die Gehwege an Grünanlagen und Spielplätzen ist der gemeindliche Bauhof zuständig. Die Verwaltung räumt allerdings ein, dass wegen eines außergewöhnlich hohen Krankenstands, wegen der Kerwe-Vorbereitungen und wegen der Demontage der Palatinum-Terrasse verschiedene Arbeiten nicht im üblichen Turnus durchgeführt werden konnten.

Auf Anfrage informiert der Vorsitzende, dass in den nächsten Tagen mit dem Bau des Radwegs an der L533 begonnen wird.

Beim nächsten verkaufsoffenen Sonntag soll die Neustadter Straße über die Fußgönheimer Straße/Gartenstraße hinweg gesperrt werden, um die Kunden des Geschäfts Hellmann nicht der Gefährdung durch den Straßenverkehr auszusetzen.